

# Wirtschaft & Politik

Aktuelles aus der Region & der Welt

Nachricht

## Neue Boote für Seenotretter

**BREMEN** Die Seenotretter verjüngen ihre Flotte: Dafür lassen sie zwei neue Rettungskreuzer und zwei neue Rettungsboote bauen. Diese sollen 2020 ältere Schiffe ersetzen, wie die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) gestern in Bremen mitteilte. Die 28 Meter langen Seenotkreuzer mit Tochterbooten entstehen bei der Fassmer-Werft in Berne an der Unterweser. Eins davon soll die „Alfried Krupp“ auf der Station Borkum ablösen, die dann seit 31 Jahren dort im Einsatz ist. Wo der zweite Kreuzer hin kommt, will die DGzRS später entscheiden.

Die etwa zehn Meter langen Rettungsboote baut die Werft Tamsen Maritim in Rostock. Sie sind für zwei Freiwilligen-Stationen vorgesehen. Die Seenotretter sind mit rund 60 Seenotrettungskreuzern und -booten in Nord- und Ostsee unterwegs. Jährlich fahren sie rund 2000 Einsätze. Etwa 30 Jahre müssen die Kreuzer und Boote diesem Pensum standhalten. *dpa*

Am Rande

## Bei jedem Ferrari 69 000 Euro Profit

**MÜNCHEN** Große Autos, große Profite – dieser Slogan der Autoindustrie gilt nicht mehr unbedingt, wie eine Studie des Duisburger Wirtschaftsprofessors Ferdinand Dudenhöffer zeigt. Ferrari machte im ersten Halbjahr mit jedem verkauften Auto stolze 69 000 Euro Betriebsgewinn – Jaguar-Landover dagegen kommt nur auf 800 Euro, Tesla und Bentley legen sogar bei jedem Auto kräftig drauf, wie die gestern veröffentlichte Studie zeigt.

Mercedes, BMW und Audi liegen mit Durchschnittspreisen zwischen 33 000 und 38 000 Euro pro Auto und gut 3 000 Euro Gewinn vor Zinsen und Steuern gut im Rennen. *dpa*



**Roter Renner** für die Straße FOTO: FERRARI/DPA/TMN

## Prora-Investor meldet Insolvenz an



FOTO: DPA/JENS BÜTTNER

**BERGEN/BERLIN** Der Inhaber von Block 1 des riesigen Proraer Gebäudekomplexes bei Binz auf der Insel Rügen hat Insolvenz angemeldet. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens der Wohnen in Prora Vermögensverwaltungs GmbH & Co. KG wurde durch das Amtsgericht

Berlin-Charlottenburg bekannt gegeben. Geschäftsführerin Iris Hegerich sagte gestern: „Wir werden alles dafür tun, das Vorhaben zu Ende zu bringen.“ Ihre Firma wollte den etwa 450 Meter langen Gebäudeteil sanieren und 280 Eigentumswohnungen bauen. Die Arbeiten sind ihr zufolge

schon weit fortgeschritten, die meisten Wohnungen verkauft: „Von den 450 Metern sind noch drei zu gehen“, sagte Hegerich. Dennoch sei das Bankdarlehen für die Firma nicht verlängert worden. „Ich bin seit 32 Jahren in der Branche, sowas wie in diesem Bauvorhaben habe ich an

Widrigkeiten noch nicht erlebt.“ Auch Entlassungen könne sie nicht ausschließen. Vier der fünf Blöcke sind in vergangenen Jahren an Investoren verkauft worden. Für den letzten Block soll im Oktober die Entscheidung fallen, wer von zwei Bietern den Zuschlag erhält. *dpa*

# Zum fairen Handel bekennen

Aufruf: Verwaltungen sollen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf anderen Kontinenten beitragen

Von Joachim Mangler

**ROSTOCK** Das Eine-Welt-Landesnetzwerk MV hat die öffentlichen Verwaltungen im Land aufgerufen, beim Materialeinkauf auf die faire und sozialverträgliche Herstellung der Produkte zu achten. Für viele Produktgruppen, etwa Textilien oder Kommunikationstechnik gebe es Möglichkeiten, die Hersteller nachhaltiger Produkte zu unterstützen, sagte Alexis Schwartz, Experte des Eine-Welt-Landesnetzwerks. „Ein Signal der Bundesregierung wäre wünschenswert, dass Produkte sozial verantwortlich be-

schafft werden müssen.“ Für die Beschaffung innerhalb der EU gebe es diese Grundsätze, diese müssten auch dann eingehalten werden, wenn die Produkte aus anderen Erdteilen kommen. Gerade Kleidung und IT-Technik seien Bereiche, bei denen oft Menschen – oder Arbeitsrechte entlang der Lieferketten gebrochen werden. So würden Arbeiter teilweise in Baumwollplantagen Pflanzenschutzmitteln ausgesetzt. „Metalle werden oft unter widrigsten Bedingungen in Afrika aus der Erde geholt“, erklärte Schwarz.

Er bedauerte, dass es neben den fehlenden verbindli-

chen Regelungen keine Fortbildungen für die Verwaltung gebe. So fehle auch das Wissen darüber, welche Zertifizierungen glaubwürdig oder welche Augenwischerei sind. „Mit ein paar Klicks im Internet ist das nicht zu machen.“ Er verwies darauf, dass mit dem fairen Handel die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern verbessert und damit auch Fluchtursachen beseitigt werden können.

In Mecklenburg-Vorpommern gebe es nur wenige Verwaltungen, die sich zumindest in Teilen zum fairen Handel bekennen. Dazu gehöre Rostock, das bei der Be-

schaffung von Natursteinen, Kaffee oder Milch darauf achtet. „Das ist ein Bekenntnis, kann aber noch ausgebaut werden.“ Erfreulich sei, dass es in Schwerin, Greifswald, Parchim, Güstrow und Wismar entsprechende Überlegungen gibt. „Die nachhaltige, faire und sozialverträgliche Beschaffung ist in Mecklenburg-Vorpommern überfällig“, betonte die Landtagsabgeordnete der Linksfraktion, Karen Larisch. Mit fairem Handel und nachhaltiger Produktion könne Hunger und Armut sowie Zwangs- und Kinderarbeit bekämpft werden. Es reiche nicht aus, wenn die

Landesregierung auf einzelne lobenswerte Initiativen von Kommunen oder Schulen verweist. „Sie muss auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen.“

Ein Sprecher der Stadt Rostock verwies darauf, dass die Stadt den Gedanken des fairen Handels beispielsweise in den Hansebund hineingetragen habe. In Veranstaltungen würden die Mitarbeiter auf die Problematik hingewiesen, die Beschaffer seien entsprechend sensibilisiert, auch bei der Vermeidung von Kinderarbeit. Die Umsetzung der Ziele sei bei der Komplexität des Themas nicht leicht.

## Schutzjagd auf den Wolf?

CDU-Landtagsabgeordnete Beate Schlupp hält den Artenschutz für das Raubtier für zu streng

**SCHWERIN** Die CDU-Landtagsabgeordnete Beate Schlupp drängt weiter auf eine Lockerung des strengen Artenschutzes für Wölfe und plädiert für Schutzjagden nach skandinavischem Vorbild. „Jüngste Übergriffe auf Kinder in Polen, aber auch auf Nutztiere in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verdeutlichen, dass die bisherigen Maßnahmen des Wolfsmanagements nicht ausrei-

chen, um den Schutz von Menschen und Tieren zu gewährleisten“, begründete Schlupp am Montag in Schwerin ihre Forderung. Wichtig sei, dass Wölfe ihre natürliche Scheu vor Menschen behalten. „Hierfür ist die Schutzjagd ein geeignetes Mittel“, zeigte sich Schlupp überzeugt.

In Schweden etwa dürfen den Angaben zufolge auch geschützte Tiere wie der Wolf getötet werden, wenn sie zur Ge-

fahr für Menschen oder Nutztiere werden. Wegen sogenannter Lizenzjagden läuft gegen das Land aber ein Vertragsverletzungsverfahren der EU. In Finnland und Norwegen werden zur Bestandsregulierung Wölfe in bestimmter Zahl zum Abschuss freigegeben.

Nach Angaben des Umweltministeriums in Schwerin leben in Mecklenburg-Vorpommern derzeit vier Rudel. Sie

sollen im Vorjahr mindestens 13 Jungwölfe aufgezogen haben. Dazu kämen zwei Wolfspaare und Einzelwölfe, die unter anderem im Müritznationalpark, auf der Halbinsel Fischland-Darß sowie in der Region Löcknitz (Kreis Vorpommern-Greifswald) registriert wurden. Das sogenannte Wolfsmanagement sieht bislang nur die Beobachtung der Bestandsentwicklung vor. *dpa*



**In MV leben** derzeit vier Wolfsrudel FOTO: DPA/PATRICK PLEUL